



## **Männlichkeit und Bürgerkriege in Afrika – Neue Ansätze zur Überwindung sexueller Kriegsgewalt**

Januar 2009

Seit dem 1. Januar 2011:  
**giz** Deutsche Gesellschaft  
für Internationale  
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

**Herausgeber**

Deutsche Gesellschaft für  
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH  
Postfach 5180  
65726 Eschborn  
T +49 61 96 79-0  
F +49 61 96 79-11 15  
E [info@gtz.de](mailto:info@gtz.de)  
I [www.gtz.de](http://www.gtz.de)

Abteilung Staat und Demokratie  
Governance Cluster  
Programm Gleichberechtigung und Frauenrechte fördern

**Verantwortlich**

Jörg-Werner Haas

**Autorin**

Dr. Rita Schäfer

**Ansprechpartnerin**

Christine Brendel  
T +49 61 96 79-41 21  
F +49 61 96 79-6126  
E [christine.brendel@gtz.de](mailto:christine.brendel@gtz.de)  
I [www.gtz.de/gender](http://www.gtz.de/gender)

**Kontaktperson im Bundesministerium für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung**

Dr. Sabine Lindemann

**Gestaltung**

Ira Olaleye, [ira@olaleye.de](mailto:ira@olaleye.de), Eschborn

**Foto S. 3, 5, 7**

Laif, Agentur für Photos & Reportagen

**Download**

<http://www.gtz.de/gender>

Eschborn, 2009

Eine Analyse der unterschiedlichen Rollen, die Frauen und Männer im Konfliktverlauf einnehmen können, bietet neue Perspektiven zum Verständnis von Kriegen und zur Befriedung von Nachkriegsgesellschaften. Eine nachhaltige Friedenssicherung erfordert es auch, der Handlungslogik von Gewaltakteuren und der Wiederherstellung der alten spannungsgeladenen gesellschaftlichen Ordnung gegenzusteuern. Wie wichtig innovative Interventionen sind, illustrieren die hohen Raten an geschlechtsspezifischer Gewalt und HIV/AIDS. Auch die große Gewaltbereitschaft von Ex-Kombattanten sowie Reintegrationsprobleme von Ex-Kombattantinnen stehen Entwicklungsansätzen in Nachkriegsgesellschaften entgegen. Deshalb muss verhindert werden, dass kriegerisches Gewalthandeln und damit verbundene Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit ungebrochen in den Nachkriegsalltag übernommen werden..



### **Gender als Schlüssel zum Verständnis von Kriegen in Afrika**

Afrikanische Bürgerkriege stellen die internationale Staatengemeinschaft und die Entwicklungszusammenarbeit vor große Herausforderungen. Häufig überlagern sich lokale, nationale und transnationale Konfliktkonstellationen. Vielerorts sind politische und ökonomische Kriegsursachen mit gesellschaftlichen Strukturproblemen eng verwoben. Dazu zählen insbesondere Geschlechter- und Generationenkonflikte, die oft konfliktverstärkend wirken. Um deren lokal- und zeitspezifische Ausprägungen zu erkennen, müssen Konfliktanalysen Geschlechterhierarchien als zentralen Kernbereich übergreifender Machtverhältnisse berücksichtigen.

Dies setzt voraus, Gender in einem umfassenden Sinn zu verstehen: Als gesellschaftlich geprägte Verhaltensmuster und Normen, die das Handeln von Individuen und sozialen Gruppen bestimmen. Unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten und -grenzen kennzeichnen nicht nur das Verhältnis zwischen Frauen und Männern, sondern weisen auch auf grundlegende Ungleichheiten unter Frauen und unter Männern hin. So basieren Differenzen zwischen Frauen und Männern auf Alter und Status; häufig kommen Herkunft, Ethnizität, Religionszugehörigkeit, ökonomische und politische Position hinzu. Die Interdependenzen dieser Faktoren beeinflussen den Ressourcenzugang und die -kontrolle. Außerdem prägen und spiegeln diese Zusammenhänge die politische Macht auf lokaler und nationaler Ebene. Allerdings sind diese Strukturen nicht statisch, sondern wandelbar. Das birgt die Gefahr von Konflikteskalationen; darin liegt aber auch die Chance für Interventionen und Gegenstrategien, z.B. durch die Entwicklungszusammenarbeit.

## Geschlechterkonflikte vor Kriegsbeginn

Geschlechterdifferenzen beeinflussen Gewalteskalationen vor dem „eigentlichen“ Kriegsbeginn, die Kriegshandlungen und die Nachkriegssituationen. So wählen Kriegstreiber - dazu zählen kriegsbereite Regierungen, Guerillagruppen und Warlords - vorhandene Geschlechterstereotypen aus und instrumentalisieren sie für ihre eigenen Interessen. Dazu zählt die Verklärung von Frauen als Ikonen der nationalen oder ethnischen Einheit und der symbolisch aufgeladenen „Reinheit des Volkes“, der Hüterinnen von Kultur und Tradition. Solche selektiven Interpretationen verengen die Vielfalt der Rollenmuster und Selbstbilder von Frauen in Vorkriegsgesellschaften. Ihre Handlungsmöglichkeiten werden eng begrenzt: auf eine idealisierte, schutzbedürftige Mütterlichkeit.

Gleichzeitig manipulieren Kriegstreiber Männlichkeit, indem sie kulturell verankerte Vorstellungen von sorgenden Familienvätern eigennützig auslegen. Sie setzen Männer unter Druck, zum Schutz ihrer weiblichen Familienangehörigen und zur Verteidigung ihrer eigenen Ehre zu den Waffen zu greifen. Diese Mobilisierung der Kampfbereitschaft und die gleichzeitige Beschränkung vielfältiger Geschlechtervorstellungen in Vorkriegsgesellschaften sind im Sudan, in Uganda, in der D.R. Kongo und in den Ländern am Horn von Afrika dokumentiert.

In einigen Ländern, u.a. im Sudan und in Uganda, konnten Kriegsherren darauf zurückgreifen, dass die britischen Kolonialherren jahrzehntelang systematisch Männer ausgewählter Nomadenvölker in die Kolonialarmeen eingezogen hatten. Das schuf regionale Konflikte, die nach der Unabhängigkeit nur unzureichend aufgearbeitet wurden. Angesichts mangelnder Alternativen schlug sich das koloniale Erbe der militarisierten Männlichkeit in langlebigen Gewaltmustern nieder. In anderen Gesellschaften musste jungen Männern das Töten erst antrainiert werden. Dabei verweigerten ihnen Kommandanten andere Männlichkeitsorientierungen, indem sie gewaltfreie Konfliktlösungen oder Verhandlungsgeschick als typisch weibliche Eigenschaften verhöhnten und Militarismus als Messlatte für Männlichkeit nutzten.

In den westafrikanischen Bürgerkriegen, die Sierra Leone und Liberia in den 1990er Jahren erschütterten, hatten unterschiedliche Kriegstreiber große Erfolge. Dort griffen jugendliche Kämpfer zu den Waffen, um die korrupte politische Elite abzusetzen, die ihre Länder in den Ruin trieb und ihnen trotz reicher Bodenschätze jegliche Zukunftsperspektiven raubte. Darüber hinaus nahmen die jungen Kämpfer die mächtigen alten Männer in den Dörfern ins Visier, die extrem hohe Brautpreiszahlungen verlangten, wenn sie ihre Töchter verheirateten. Eheschließungen, Landnutzungsrechte und politische Partizipation waren aber Grundvoraussetzungen für die Anerkennung als vollwertige Männer. Diese wurde jungen, rangniedrigen Männern systematisch verweigert, weshalb sie sich Guerillagruppen anschlossen.

**Mobilisierung der  
Kampfbereitschaft durch  
Manipulation von  
Geschlechterstereotypen**

## Männlichkeit und Gewalt in Bürgerkriegen

Solche sozialen Konflikte nutzten skrupellose Warlords in Westafrika – allen voran Charles Taylor – aus, indem sie die Kampfbereitschaft junger Männer gegen Rechtlosigkeit und Ausbeutung für ihre eigenen Zwecke mobilisierten. Sie etablierten neue Hierarchien zwischen jungen und älteren Männern, wobei sie Jugendliche zu Kommandanten ausbildeten, die alte Autoritäten brutal entmachteten. Systematisch setzten Kommandanten im Auftrag ihrer Hintermänner öffentliche (Massen)Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen der jeweiligen Gegner als Kriegstaktik ein. Dadurch verhöhnten sie die männlichen Familienangehörigen als Versager und untergruben den sozialen Zusammenhalt ihrer jeweiligen Feinde. Manche junge Männer wurden zu Gewaltakten an eigenen Familienangehörigen gezwungen und dann zwangsrekrutiert. Deshalb war eine Rückkehr zur Herkunftsfamilie für sie nahezu unmöglich. Viele Frauen und Mädchen wurden als Sex-Sklavinnen oder „Bush Wives“ verschleppt, wodurch sich jugendliche Milizionäre und Soldaten die Kontrolle über deren Sexualität und Fruchtbarkeit aneigneten – ein Privileg, das zuvor nur ältere, ranghohe Männer beanspruchen konnten.

Einzelne junge Mädchen schlossen sich mehr oder weniger freiwillig den Milizen an, u.a. um Zwangsehen zu entkommen. Sie mussten zahlreiche unterschiedliche Aufgaben übernehmen, wie Mitwirkung bei Kampfeinsätzen und Überfällen, Waffen- und Munitionstransport, Spionagedienste, Folterungen, Raub und Plünderungen, Sicherung der täglichen Grundversorgung, Pflege von Verwundeten und sexuelle Dienstleistungen. Einerseits knüpften ihre Aufgaben an weibliche Rollenmuster an, andererseits durchkreuzten sie diese. Nur in Ausnahmefällen übernahmen junge Frauen Führungspositionen und kommandierten männliche Kämpfer. In etlichen Guerillaeinheiten entwickelten sich neue Rangordnungen zwischen Frauen, z.B. zwischen Geliebten von Kommandanten und Sex-Sklavinnen, die auf den Status verfügbarer Objekte degradiert und nach verlorenen Kampfeinsätzen vergewaltigt wurden.

Der systematische Einsatz sexualisierter Gewalt folgte hier wie in anderen Bürgerkriegen dem Kalkül der Kriegstreiber und den Rationalitäten von Kommandanten und Kombattanten. Somit handelt es sich bei vergewaltigenden Kombattanten oder Soldaten staatlicher Armeen nicht um pathologische Triebtäter, sondern um junge Männer, die sich an kriegsgeprägten Maskulinitätsmustern orientieren.

Der UN-Sicherheitsrat hat die zentrale Bedeutung sexualisierter Gewalt als Kriegsstrategie und die komplexen Folgeprobleme für Nachkriegsgesellschaften erkannt. Die Mitte Juni 2008 verabschiedete UN-Resolution 1820 verurteilt diese Gewaltakte als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Seitdem ist die Staatengemeinschaft gefordert, Vergewaltigungen Einhalt zu gebieten, Frauen und Mädchen zu schützen und Täter strafrechtlich zu verfolgen. Es soll keine Generalamnestien mehr geben - auch nicht um einen labilen Frieden zu sichern.



## Probleme bei Friedensverhandlungen und Demobilisierungsprogrammen

Die UN-Resolution 1325 vom Oktober 2000 verlangt, Frauen stärker an Friedensgesprächen zu beteiligen und Geschlechterdimensionen in Friedensprozesse zu integrieren. Doch viele Friedensverhandlungen werden nach wie vor nur von männlichen Vertretern der jeweiligen Kriegsparteien bestritten. Selbst wenn einzelne Frauen an den Verhandlungstischen sitzen, ist das keine Garantie dafür, dass sie sich für Geschlechtergleichheit einsetzen. Ausschlaggebend ist, von welchen Rollenmustern sie ausgehen und welche Interessengruppen sie vertreten. Im Südsudan gerieten Frauen in Misskredit, weil sie parteiisch waren und keineswegs das Wohl ihrer Geschlechtsgenossinnen im Sinn hatten. Folglich qualifiziert die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht noch lange nicht für Geschlechtergerechtigkeit und Unparteilichkeit bei Friedensgesprächen. Fast überall bleibt unabhängigen Frauenorganisationen und Menschenrechtsaktivistinnen der Zutritt zu den Verhandlungssälen versperrt, obwohl sie sich oft für umfassende Friedenskonzepte sowie mittel- und langfristige Deeskalationen einsetzen. Die Netzwerke unabhängiger Frauenrechtsorganisationen im Osten der D.R. Kongo belegen dies eindrücklich.

Auch bei vielen Demobilisierungsprogrammen (z.B. durch UN-Organisationen) werden die internationalen Vorgaben zum Gender-Mainstreaming keineswegs systematisch beachtet. Denn Kommandanten verweigern ihren Kämpferinnen, ihre Waffen selbst abzugeben. Sie nehmen den Frauen die Waffen ab und degradieren die Kämpferinnen oft auf den Status „passiver Flüchtlinge“, ohne dass die Verantwortlichen für die Demobilisierungsprogramme dem Einhalt gebieten. Die Kommandanten fürchten einen Imageschaden als heroische Anführer martialischer Kämpfer, wenn offenkundig wird, dass sie Frauen und Kinder in den Krieg geschickt haben. Schließlich bedeutet das Abgeben ihrer statusträchtigen Waffen für die Ex-Kämpfer selbst Macht- und Prestigeverlust, kurzum eine Beschneidung ihrer Männlichkeit. Viele Demobilisierungscamps sind bis heute nicht dafür eingerichtet, Kombattantinnen aufzunehmen, sondern sie kategorisieren Frauen und Mädchen bestenfalls als Familienangehörige männlicher Kämpfer. Häufig sind Ex-Kämpferinnen mit körperlicher und sexueller Gewalt konfrontiert, obwohl die Camp-Leiter eigentlich verpflichtet sind, sie davor zu schützen. Deshalb verlassen zahllose Ex-Kämpferinnen vorzeitig die Camps, zumal die Grundversorgung dort ebenfalls nicht immer gewährleistet ist.

Problemverschärfend treten Soldaten auf, die für UN- oder AU-Friedensmissionen im Einsatz sind. Sie zahlen sexuelle Dienstleistungen mit Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs oder mit Geld. Damit verstoßen sie gegen die Verhaltensstandards der UN und sorgen lokal für Konflikteskalationen. Viele Männer – Ex-Kombattanten und Zivilisten – bewerten die inszenierten Potenzbeweise der Friedenssoldaten als Affront. In Sierra Leone wurde ihnen vorgeworfen, „Beach-Keeper“ anstatt „Peacekeeper“ zu sein, weil sie vor allem in den Strandbars der Hauptstadt anzutreffen waren. Im Osten der D.R. Kongo gerieten Blauhelmsoldaten in Misskredit, weil sie sich wie Sex-Touristen verhielten, Kinder missbrauchten und mit unverhohlenem Rassismus auftrumpften. Das ist

**Weltweit sind Frauen an Friedensverhandlungen mit 4% beteiligt**



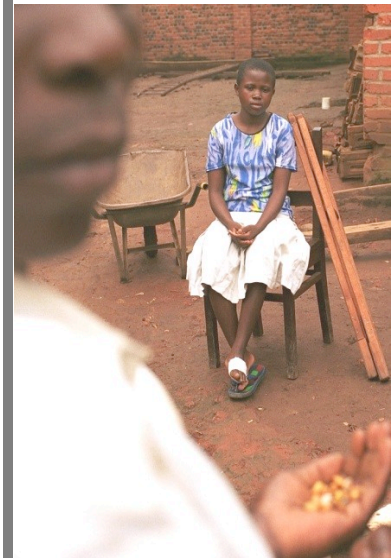
bedenklich, weil Gender-Abteilungen und Gender-Trainings eigentlich Teilnehmer von Friedensmissionen auf ihre Aufgaben und ihre Verantwortung vorbereiten; hinsichtlich des Umgangs mit Sexualität scheinen die Trainingsangebote aber verbesserungswürdig zu sein. Die hohen Raten von HIV-Infektionen bei Blauhelmsoldaten weisen ebenfalls auf die Dringlichkeit dieses Problems hin, wobei unklar ist, wann die Infektionen stattfinden: bereits in den Herkunftsländern oder in den Einsatzländern.

### **Reintegrationsprobleme und Herausforderungen für Nachkriegsgesellschaften**

Reintegrationsprogramme sind mit komplexen Herausforderungen konfrontiert. Falls Ex-Kombattanten Reintegrationsgelder ausgezahlt werden und sie z.B. Handwerksausbildungen erhalten, die der Zivilbevölkerung vorenthalten werden, wird dies vielerorts als Belohnung für Killer und als großes Unrecht wahrgenommen. Und das, obwohl die Reintegrationsangebote oft auf bestimmte Wirtschaftszweige beschränkt sind und die Ex-Kombattanten nach einer erfolgreichen Absolvierung gegeneinander konkurrieren, z.B. als Automechaniker oder Schreiner. Wenn die Landbesitzverhältnisse nicht geändert werden und sie keinen Landzugang erhalten, nützen ihnen auch neu erworbene Landwirtschaftskenntnisse nichts.

Mit massiven Problemen im Landzugang sind insbesondere auch Ex-Kombattantinnen konfrontiert. Soweit es überhaupt Programme für sie gibt, beschränken diese sich meist auf klassische Aufgabenbereiche, z.B. Schneiderei oder Seifenherstellung. Hier ist die Konkurrenz oft schon in Vorkriegsgesellschaften so groß, dass Ex-Kämpferinnen keine Chance haben, darin Fuß zu fassen. Ihre kriegsbedingte Überschreitung etablierter Geschlechtergrenzen und die Übernahme martialischer Verhaltensmuster erschwert ihre Reintegration in das zivile Geschäftsleben. Oft werden sie auch von früheren männlichen Kameraden als zu aufmüpfig angefeindet, wobei diese die Rollenveränderungen während eines Krieges im Nachhinein als temporären Ausnahmezustand interpretieren. Häufig fordern Ex-Kämpfer gewaltsam die Wiederherstellung ehelicher Hierarchien, die sie als Zeichen einer Wiederherstellung der alten Ordnung interpretieren. Dazu tragen auch ihre eigenen Mütter bei, die ihre familiäre Machtstellung auf unterwürfige Schwiegertöchter aufbauen. Die daraus resultierenden Konflikte sind u.a. in Eritrea und Äthiopien weit verbreitet.

Wie schwierig es ist, mit Gesetzesreformen und nationalen politischen Neuorientierungen solchen Prozessen auf lokaler Ebene gegenzusteuern, illustrieren die gegenläufigen Prozesse in Liberia. Während die neue Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf, die durch ihre internationale Arbeit eine ausgewiesene Expertin für Gender und Kriegsprobleme ist, zahlreiche neue Gesetze und Gender-Mainstreaming-Maßnahmen auf den Weg gebracht hat, ist die Lebensrealität vieler Frauen weit davon entfernt. Selbst in der Hauptstadt fristen viele Ex-Kombattantinnen, die sich mit der Hoffnung auf Bildung und wirtschaftliche Perspektiven einer Kampfgruppe angeschlossen hatten, eine klägliche Existenz. Etliche würden wieder zu den Waffen greifen, weil sie frustriert sind und auf diesem Wege ihre Existenz sichern wollen. Außerhalb der Hauptstadt sorgen alte männliche und weibliche Eliten mit allen Mitteln dafür, die neuen nationalen Vorgaben



zu unterlaufen. Erst im September 2008 fanden wieder genitale Beschneidungen von Mädchen im Rahmen von Initiationszeremonien statt. Selbst lokale Politikerinnen verteidigen diese Eingriffe als wichtiges kulturelles Erbe.

Auch im Nachbarland Sierra Leone interpretieren Beschneiderinnen, die gesellschaftlich sehr anerkannt und mächtig sind, die weiblichen Genitalverstümmelungen selektiv als Beitrag zur Wiederherstellung der sozialen Ordnung. Dort erhalten sie sogar finanzielle Aufwandsentschädigungen von den Ehefrauen ranghoher Politiker. Angesichts dieser politischen Rückendeckung lokaler Elitefrauen haben Frauenrechtsorganisationen, die beharrlich für die Abschaffung der Genitalverstümmelungen arbeiten, einen schweren Stand.

In den meisten Nachkriegsgesellschaften gibt es nur wenige Hilfsangebote für Vergewaltigte, denn viele Traditionalistinnen ignorieren die damit verbundenen komplexen Probleme wie HIV-Infektionen oder ungewollte Schwangerschaften. Beratungszentren und Anlaufstellen für Gewaltopfer, die von einem Frauenrechtsansatz ausgehen, sind wegen ihrer begrenzten Kapazitäten auf die Städte konzentriert. Das Schweigen über die erlittene Gewalt wird zur verbreiteten Strategie, mit der Gewaltopfer Stigmatisierungen zu vermeiden versuchen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Wahrheits- und Versöhnungskommissionen oder Kriegsverbrechertribunale keine Foren bieten, um sexueller Gewalt aufzuarbeiten.

### **Konsequenzen für das Governance-Verständnis**

Gender-Analysen von Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften können dazu beitragen, die nationalen und lokalen spezifischen Konfliktkonstellationen zu erkennen und Gewalteskalationen gegenzusteuern. Dazu sind sektorübergreifende Ansätze und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen notwendig. Von zentraler Bedeutung sind Good Governance Praktiken, wie die Verankerung demokratischer und transparenter politischer Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen, die Eindämmung von Machtmissbrauch und Korruption, Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Verwirklichung von Frauen- und Menschenrechten. Zentralen Stellenwert hat der Schutz von Frauen und Mädchen vor sexualisierter und häuslicher Gewalt. Nationale Gender-Strategien sowie umfassende Programme zur systematischen Verankerung von Geschlechtergleichheit in allen Politikbereichen und Sektoren können dazu beitragen, dass reduktionistische Geschlechterstereotypen nicht von Kriegstreibern instrumentalisiert und zur Spaltung einer Gesellschaft eingesetzt werden.

**Herstellung der „alten“  
sozialen Ordnung nach  
dem Krieg**



## Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit

Um kriegerische Gewalteskalationen zu verhindern, ist die Stärkung demokratischer Strukturen und politischer Partizipationsmöglichkeiten auf allen Entscheidungsebenen wichtig. Auch die Förderung pluraler, außerparlamentarischer Mitbestimmungsprozesse sowie der Presse- und Meinungsfreiheit können nationalistischen, ethnischen oder rassistischen Radikalisierungen, der oft sexistisch ausgerichteten Gewaltverherrlichung und der steigenden Gewaltbereitschaft z.B. gegenüber Minderheiten, Einhalt gebieten. Dazu müssen staatliche und nicht-staatliche Kräfte, die an gewaltfreien Konfliktlösungen arbeiten, koordiniert vorgehen. Je nachdem wie demokratisch sich Regierungen verhalten, kann die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Interessenvertretungen sinnvoll sein. Hier ist die Vernetzung von Frauen- und solchen Nichtregierungsorganisationen effektiv, die sich für Geschlechtergleichheit und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Die Anerkennung von Frauenrechten, der Schutz von Frauen und Kindern vor sexueller und häuslicher Gewalt und die Bestrafung von Tätern können sexistischen und besitzergreifenden Männlichkeitsmustern gegensteuern. Das verlangt die gesellschaftliche Ächtung von Sexismus und organisiertem Verbrechen wie Menschenhandel und Zwangsprostitution. Angesichts autoritärer und militaristisch ausgerichteter Regime ist abzuwägen, wie die auf Menschenrechten basierenden Kontrollfunktionen von Nichtregierungsorganisationen gegenüber den jeweiligen Machthabern gestärkt werden können.

Für Demobilisierungsmaßnahmen sind keineswegs nur integrierte Gender-Programme notwendig, die der Tatsache gerecht werden, dass Ex-Kombattantinnen und Kombattanten vielfältige Aufgaben in Kriegen übernehmen mussten und häufig sowohl Täter als auch Opfer waren. Innovative Ansätze zur Gewaltbegrenzung und Neuorientierungen sind insbesondere für Ex-Kombattanten erforderlich, die mit martialischer Maskulinität sozialisiert wurden. Sonst besteht die Gefahr, dass sie ihre Gewaltmuster in den Nachkriegsgesellschaften unter veränderten Vorzeichen weiter praktizieren. Wie wichtig es ist, die militarisierte Männlichkeit zu überwinden, illustrieren die rasant steigenden HIV/AIDS-Raten während und nach Bürgerkriegen. Vielerorts sind häusliche Gewalt und sexuelle Übergriffe an der Tagesordnung. Eine nachhaltige Friedenssicherung ist nur dann möglich, wenn die vielschichtigen Auswirkungen von Kriegen auf Männer umfassend aufgearbeitet werden.

## Potenzielle Ansätze und Instrumente für die Praxis

Neuorientierungen kann die Stärkung und Vernetzung von Männern bieten, die als „Change Agents“ gewalttätige Konfliktlösungen ablehnen. Sie definieren ihre Maskulinität über Kriterien wie das Engagement für Menschenwürde, Menschenrechte, Gerechtigkeit, soziale Vaterschaft und Partnerschaft. Abhängig vom jeweiligen gesellschaftlichen Kontext können solche „Change Agents“ religiöse Autoritäten, z.B. Kirchenvertreter und Imame, gesellschaftlich anerkannte lokale Autoritäten, Leiter von Familienverbänden oder Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen sein. Es können aber auch einzelne junge Männer sein, die couragiert der Brutalität ihrer

**Geschlechtergerechtigkeit als Prävention von Gewalteskalation sowie Friedenssicherung**

„Wahre Männer  
vergewaltigen nicht“

Altersgenossen entgegen treten und für Frauen oder Mädchen Partei ergreifen. Solche Alltagshelden brauchen Unterstützung und Vernetzung, da sie oft von anderen jungen Männern als „verweiblicht“ angefeindet und ausgegrenzt werden. Um so beachtlicher ist es, dass einige junge Männer gewaltgeprägter Gesellschaften wie in Südafrika, Uganda und Ruanda aus Überzeugung ein Ende der sexuellen Gewalt und verantwortungsvolles Sexualverhalten von ihren Geschlechtsgenossen fordern. Einzelne Aktivisten bilden Allianzen mit Frauenorganisationen und postulieren: „Wahre Männer vergewaltigen nicht“. Wichtig wäre es, die oft ökonomisch ausgerichteten Programme für Ex-Kombattanten mit solchen Initiativen zu verknüpfen. Ihnen müssten kulturell angepasste Foren geboten werden, um über gewaltgeprägte Männlichkeitsmuster, Gewaltsozialisierungen und neue Lebensentwürfe in Austausch zu treten.

Solche Prozesse können nicht isoliert stattfinden, vielmehr müssen Gewalterfahrungen und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Männern in den Blick genommen werden. Wenn strukturelle sozio-ökonomische Ungleichheiten zwischen Männern z.B. in der Ressourcenkontrolle nicht überwunden werden, bleiben Konfliktpotenziale bestehen, die rasch wieder mit nationalistischer und ethnischer Propaganda oder mit Heilsversprechungen aller Art aufgeladen werden können. Deshalb ist Vorsicht geboten gegenüber mächtigen Akteuren oder Akteursgruppen, die aus Eigeninteressen die Wiederherstellung der sozialen Ordnung mit der Rückkehr zur Vorkriegsordnung gleichsetzen. Schließlich trugen strukturelle Ungleichheiten und Marginalisierungsprozesse in vielen Vorkriegsgesellschaften maßgeblich zu gewaltsamen Konflikteskalationen bei. Deshalb muss mit umfassenden gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen und rechtlichen Veränderungsansätzen verhindert werden, dass Nachkriegssituationen wieder zu Vorkriegssituationen werden.

## Literatur

**Holzmann, Nora (2006).**

*Gender und Konflikte. Ein Orientierungspapier. Eschborn: GTZ.*

**Reimann, Cordula (2001).**

*Towards gender mainstreaming in crisis prevention and conflict management. Guidelines for the German Technical Co-operation. Eschborn: GTZ.*

**Schäfer, Rita (2008).**

*Frauen und Kriege in Afrika. Ein Beitrag zur Gender-Forschung. Frankfurt a.M.: Brandes und Apsel Verlag.*

Deutsche Gesellschaft für  
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5  
65760 Eschborn/Deutschland  
T +49 61 96 79-0  
F +49 61 96 79-11 15  
E [info@gtz.de](mailto:info@gtz.de)  
I [www.gtz.de](http://www.gtz.de)

